

Freizeitpädagogen protestieren wieder

Die Freizeitpädagogen in Wien, die wegen einer von der Regierung geplanten Reform ihres Berufsbildes im Frühsommer mehrmals auf die Straße gegangen waren, werden am Mittwoch kommenden Woche neuerlich gegen die Pläne protestieren. Die Kritik des Betriebsrats von „Bildung im Mittelpunkt“ (BiM) richtet sich gegen die diskutierte Umwandlung ihres Berufsbildes zu „Assistenz- und Freizeitpädagogen“.

Salzburgs Uni bekommt neues III-Labor

Je schlauer Computer und Maschinen werden, desto wichtiger ist es, dass sie mit den Menschen gut kommunizieren und interagieren, sonst sinkt die Akzeptanz. Genau mit diesen Schnittstellen zwischen Mensch und Maschine beschäftigt sich das neue III-Lab der Universität Salzburg, das am Freitag eröffnet wurde. Das dreifache I stehe für „Intelligent Interfaces Innovation“, erklärt Laborleiter Manfred Tscheligi.

JVP übergibt dutzende Kartons an Schulsachen



Die Junge ÖVP hat zum Schulstart heuer Schulsachen wie Schultaschen, Hefte und Schreibzeug für bedürftige Kinder gesammelt. Die dutzenden Kartons die von über 50 JVP-Teilgruppen gesammelt wurden, wurden gestern an die Caritas übergeben. „Durch das Engagement vieler JVP-ler erleichtern wir Kindern, deren Familien nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, den Schulstart. Mit unserer breiten Basis an ehrenamtlichen Mitgliedern machen wir den Unterschied. Als JVP reden wir nicht nur, sondern packen dort an, wo wir etwas verbessern können“, so Staatssekretärin und JVP-Obfrau Claudia Plakolm.

Foto: JVP/Schreiber



Foto: Land OÖ/Kauder

Hass im Netz: Anwälte klären auf

LH-Stv. Haberlander: „Das Internet soll vernetzen, nicht verletzen“

„Prävention gegen Hass im Netz: die Rechtsanwaltschaft klärt auf!“ – Mit dieser neuen Initiative wollen die Bildungsdirektion OÖ, die Rechtsanwaltskammer und das Land OÖ in den Schulen das Bewusstsein für strafbare Handlungen im Internet schärfen.

„Die Medienwelt verändert sich rasant. Für die Zukunft unsere Jüngsten bedeutet das: Chancen nutzen, aber auch Risiken kennen“, betont Bildungslandesrätin LH-Stv. Christine Haberlander (Bild). „Für uns ist klar: Wir wollen ein Internet, das uns vernetzt. Keines, das unsere Schülerinnen und Schüler verletzt.“ Doch immer mehr Jugendliche berichten von

negativen Erfahrungen im Internet. Ein Drittel hat bereits schlechte Behandlungen in sozialen Netzwerken erfahren. Ein Viertel der 15- bis 18-Jährigen gab an, sexuell belästigt worden zu sein. Bei Mädchen steigt diese Zahl sogar auf 25 Prozent. Ein Drittel der Jugendlichen berichtet von Kontaktaufnahmen durch ihnen unbekannte Personen.

Fehlendes Rechtswissen

Um Jugendliche für mögliche strafrechtliche Konsequenzen ihres (Online-)Handelns zu sensibilisieren, ihnen rechtliche Hintergründe zu vermitteln und sie für die Bedeutung verantwortungsbe-

wussten Verhaltens zu sensibilisieren, besuchen oö. Rechtsanwälte ab September deshalb Klassen der 7. bis 9. Schulstufe. „Das Problem ist nicht, dass die Jugendlichen krimineller werden. Vieles hängt am fehlenden Wissen, was erlaubt und was verboten ist,“ so Franz Mittendorfer (l.), Präsident der Rechtsanwaltskammer OÖ. Interessierte Schulen können sich ab sofort per Mail unter pernsteyner@oerak.or.at, unter dem Betreff „Projekt Prävention gegen Hass im Netz“ melden samt konkreter Bekanntgabe von Wunschterminen. „Die Teilnahme ist für Schulen und Schüler kostenlos“, ergänzt Bildungsdirektor Alfred Klampfer (r.).

Corona – RH kritisiert verschollene Schultests

In der Coronapandemie hat das Bildungsministerium mit dem Ziel, die Schulen offen zu halten und Homeschooling zu verhindern, auf Maßnahmen wie regelmäßige Antigen- bzw. PCR-Tests gesetzt. Diese Maßnahmen wurden auch „weitgehend evidenzbasiert“ mit Evaluierungen, laufendem Monitoring und Studien begleitet. Bei der Umsetzung hat es allerdings teilweise gehapert, zeigt ein Bericht des Rech-

nungshofs (RH) vom Freitag. Kritik gibt es etwa an verschwundenen Tests und Vergabeverfahren. Während die haushaltsrechtlichen Bestimmungen „im Wesentlichen“ eingehalten wurden, waren Vergabeverfahren der Beschaffungen „mangelhaft“. Bei den Tests monierte der RH außerdem, dass das Ministerium den Überblick verloren habe. Von 97,52 Millionen Tests sei nur mehr bei 62,29 Millionen der

konkrete Verbleib erklärbar. Der RH empfiehlt mit Verweis auf die häufig geänderten Coronaregeln (30 Mal in zwei Jahren) an den Schulen, bei Verordnungen und Erläsen künftig auf der Erfahrung der Pandemiejahre aufzubauen. Die FPÖ, die die Prüfung initiierte, sah ihre Kritik an einem „Test-Regime“ bestätigt. Der RH-Bericht könne „Schönfärberei“ nicht verbergen. Es brauche Neuwahlen.